

Laibacher Zeitung.

Nr. 235.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 12. Oktober

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl. 10 kr. Sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1872.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichneten Diplome dem wirklichen geheimen Rathe und commandierenden Generalen zu Agram, Feldmarschall-Lieutenant Anton Ritter Mollinary von Monte Pastello als Ritter des Ordens der eiserernen Krone erster Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Freiherrnstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. Oktober d. J. den Director der Kunstakademie in Prag Joseph Mathias Trenkwalb zum ordentlichen Professor an der Specialschule für Kunstmalerei an der Akademie der bildenden Künste in Wien allergnädigst zu ernennen geruht. Stremauer m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Bur Action der Reichsraths-Delegation.

Die öffentliche Meinung fährt fort, die Action der Delegation des österreichischen Reichsrathes beziehungsweise die Beschlüsse des Budgetausschusses leider nicht im günstigsten Lichte näher zu beleuchten. Die „N. F. Pr.“ forderte die versassungstreuen Delegierten noch in der zwölften Stunde auf, die nichts weniger als verlockende Eventualität in Erwägung zu ziehen, daß die Regierung einen entscheidenden Erfolg gegen den Kern der Versassungspartei erringen müßte, und glaubt, daß die obschwebenden Differenzpunkte keinesfalls von solcher Wichtigkeit seien, um einer derartigen Eventualität und ihren Konsequenzen unbekümmert entgegenzutreten. Wäre ein wichtiges principiell Recht zu vertreten, dann könnte ein ähnliches Vorgehen in der öffentlichen Meinung Billigung finden. Ein solcher Fall sei jedoch nicht vorhanden. Nicht um ein unveräußerliches Recht, sondern lediglich um eine Opportunitätsfrage handle es sich, denn die Wahl, welche die österreichischen Delegierten treffen müssen, nicht zweifelhaft sein könne.

Die „Tagespresse“ bedauerte, die Vorgänge im Budgetausschusse, fürchtete indeß nicht für den schließlichen Erfolg, eine Meinung, welcher sich auch das „Fremdenblatt“ anschließt, welches hofft, daß die allseitig ausgesprochene Mahnung zu einem objectiven und vorsichtigen, das politische Moment wohl berücksichtigenden Vorgehen bei den Delegierten werde gewürdigt werden und man sonach zu der Annahme berechtigt sei, daß die Reichsraths-Delegation, ohne daß es zu einer gemeinsamen Abstimmung beider Delegationen komme, durch ihre besonnene und alle Umstände und Konsequenzen berücksichtigende Entscheidung die obschwebenden Differenzen beseitigen werde.

Ebenso sprach das „Neue Fremdenblatt“ die Hoffnung aus, daß die österreichische Delegation die Konsequenzen der Beschlüsse ihres Budgetausschusses erwägen und die auf den erhöhten Präsenzstand bezüglichen, durch die Finanzlage Oesterreichs keineswegs gebotenen Abstriche am Heeresbudget nicht sanctionieren werde.

Auch die „Bohemia“ beleuchtet die infolge der Vorgänge in der Reichsraths-Delegation geschaffene Situation mit nachfolgenden Worten: „Die Wichtigkeit der Situation drückt sich zur Genüge in der schon signalisirten Reise der drei Minister Auerperg, Laffer und Pretis nach Pest aus, und kann man schon daraus schließen, welchen Werth die Regierung darauf zu legen scheint, daß die dem Kriegsbudget günstigen Beschlüsse nicht auf Kosten des politischen Einflusses der Versassungspartei gefaßt werden. Wie man hier wissen will, hat besonders Graf Andrássy den letzteren Standpunkt den österreichischen Delegierten gegenüber eingehend entwickelt, jedoch ohne sonderlichen Erfolg, da von dieser Seite immer das Argument ins Treffen geführt wird, die geringere Ziffer bilde kein Vertrauens- oder Misstrauensvotum, sondern repräsentiere ausschließlich die als notwendig erkannten Summen. Diese Einwendung hat gewiß ihre volle Berechtigung, nur hätten die Delegierten doch nicht übersehen dürfen, daß die drei Ministerien nach der schon von ihnen im hohen Grade vorgenommenen Reduction des Budgets sich für den auch von ihnen als unerlässlich erkannten Rest solidarisch engagierten, mithin ein Abstrich in einem dieser wesentlichen Posten als ein vollgültiges Misstrauensvotum, als eine Art Desaveu des ihnen politisch homogenen Ministeriums

erscheinen muß. Die ungarische Delegation ist sich ihrer politischen Stellung zum Ministerium Konhah bewußt geblieben und hat ihr vielleicht mehr als notwendig Rechnung getragen. Ob auch die Versassungspartei in der österreichischen Delegation? Diese Frage wird die Plenarberatung des Kriegsbudgets lösen müssen und mit ihr steht auch die Reise der Minister gewiß im Zusammenhange, denn an der Votierung des Mehrerfordernisses ist nicht zu zweifeln, der Nothanker der gemeinsamen Sitzung wird dem Kriegsminister zu seinen hohen Summen verhelfen, allein die Versassungspartei in der Delegation wird es verantworten müssen, wenn der österreichischen Reichshälfte dann bloß die Lasten zufallen, die politischen Vortheile einer solchen Situation jedoch dem Conglomerate versassungsgegnerischer Elemente zu Theil werden.“

Zum Budget pro 1873.

Nach Eröffnung der Plenarsitzung der österreichischen Delegierten — 9. d. — erhielt Dr. Giskra das Wort, um als General-Berichterstatter über das Budget der Landarmee die Generaldebatte einzuleiten. Das Militärbudget — sagte er — zeigt seit Jahren ein namhaftes Anwachsen. Im Jahre 1869 belief sich auf Grundlage des neuen Wehrgesetzes der Truppenstand auf 215.000, heute auf 251.000 Mann, ohne Grenzer. Im Jahre 1869 wurden im Ordinarium bewilligt 68.3 Millionen, im Jahre 1870 70.4 Millionen, 1871 76.4 Millionen, 1872 79.2 Millionen und heuer werden 86 Millionen begehrt. Als die Regierung das Wehrgesetz einbrachte, hatte die Kriegsverwaltung entweder nicht den Ueberblick über die Konsequenzen oder forderte stückweise, weil sie nicht wagte, mit so riesigen Anforderungen zu kommen. Die Hochschätzung der Armee ist das durchgreifende Gefühl sammtlicher Delegierten. Man betrachtet sie nicht als notwendiges Uebel, sondern als gleichberechtigtes Organ im Staatsministerium. (So lautet der wahrheitsgemäß durch den Telegraphen irrig gemeldete Ausdruck. „Corr. Bur.“) Der Ausschuss hat daher alles bewilligt, was dem Manne zugutekommt, fühle sich aber verpflichtet, unbegründete Anforderungen zurückzuweisen. Je rückhaltloser früher in den Sädel der Steuerträger gegriffen wurde, desto sparsamer müsse man jetzt sein. Als das Wehrgesetz beraten wurde, sind 80 1/2 Millionen in Aussicht gestellt worden; jetzt werden 85 Millionen, also um 5 Millionen mehr beantragt. Der Redner schlägt schließlich vor, die zwei principiellen Fragen, die des erhöhten Präsenzstandes und der Gagenverhöhung, vorerst zu debattieren. Er erklärte, im Interesse der Aufrechterhaltung der Machtstellung Oesterreichs für die Regierungsziffern zu stimmen. Die wachsenden Bewürfnisse zwischen den österreichischen Völkern selbst, die Politik Preußens, die unter dem Banner der deutschen Nationalität und der deutschen Einheit für Oesterreich von Tag zu Tag gefährlicher wird, so wie die panslavistischen Bestrebungen Rußlands, welche die Aufrichtung einer slavischen Universalmonarchie zum Ziele haben, dürften die Aufgabe der österreichischen Armee für die nächste Zukunft sehr schwierig machen. Darum müsse jeder Patriot für die Regierungsanträge votieren.

Brestel wies auf das Kriegsbudget des Jahres 1869 mit 74 Millionen hin, dem gegenüber das Budget für 1873 eine Steigerung von 23 Millionen aufweist. Es sei keine dringende Nothwendigkeit vorhanden, auf die Erhöhung in diesem Maße einzugehen, da eine imminente Kriegsgefahr heute viel weniger als vor vier Jahren vorhanden und die politische Situation gegenüber jener von 1868 durchaus nicht verschlechtert ist. Das Budget Cisleithaniens sei noch immer kein deficitloses und die finanziellen Kräfte des Staates reichten die Abstriche des Ausschusses. Sei einmal unsere Finanzlage geordnet, dann werden wir eine Macht und Stärke erlangen in unseren Beziehungen nach außen, die viel größer sei als jene, die durch Mehrauslagen im Militärbudget erzielt werde. (Beifall.) Im letzten Kriege wurde auf unsere schlechte Lage gerechnet. Gerne's Ausführungen seien nicht am Plage, da sie innere Angelegenheiten betreffen. Uebrigens sei eine Unzufriedenheit, die durch die Bewilligung von acht Millionen beseitigt werden könnte, nicht zu fürchten. Redner empfiehlt nochmals die Ausschussanträge.

Figuly erklärt, auf dem Standpunkte der Regierung zu stehen, und wenn er dennoch Abstriche beifürworte, so geschehe dies nicht aus Opposition gegen die Regierung, deren politische Tendenzen er vollkommen

billige, sondern aus Opportunitätsrücksichten. Man müsse die Erfahrung, die Geschichte und die gegenwärtigen Verhältnisse bei dieser Frage zu Rathe ziehen. Redner weist ziffermäßig nach, daß die Erfahrung für seine Anschauungen spreche.

Greuter sagte: Die gegenwärtige Frage werde gelöst durch die Beantwortung der Frage, ob die von der Regierung verlangten Opfer nicht bloß im Interesse der Regierung, sondern auch im Interesse des Volkes gelegen seien. Darüber seien nun die Meinungen getheilt. Die salus republicae verlange, daß man durch eine starke Armee die Existenz des Staates sicherstelle. Man brauche nicht bloß Soldaten für den Krieg, sondern auch für den Sieg. Die Bevölkerung werde dadurch am meisten geschont, wenn man gut geschulte Truppen dem Feinde gegenüber stellt. Der friedliche Vordergrund gebe keine unbedingten Garantien für die Zukunft. Die Logik der vollendeten Thatfachen gehe heutzutage vor dem Rechte. Während man vor einigen Tagen dem Ministerium ein Vertrauensvotum gab, wolle man demselben heute gar keinen Glauben schenken. Der Kriegsminister möge in Zukunft seine Forderungen unter dem Titel „Dispositionsfonds“ vom Minister des Aeußern beanspruchen lassen und alles werde bewilligt werden. Neben einer starken Armee brauche man auch eine begeisterungsfähige; daher sei die Schonung der religiösen und nationalen Ueberzeugung notwendig. Redner schließt mit der Erklärung, für die Regierungsanträge stimmen zu wollen.

Deß sagte: Man müsse allerdings mit Geld, aber auch mit Knochen und Blut der Steuerträger ökonomisch verfahren. Eine starke Armee sei unbedingt notwendig, zumal in unserer Zeit, wo Verachtung aller Autorität eingerissen ist. Wenn Oesterreich heute als Reconvalescent bezeichnet werde, so müsse man demselben nicht nur Stärkungsmittel geben, sondern ihn auch vor neuen Wunden schützen, auf daß er nicht wieder in eine tödtliche Krankheit ver falle. Redner votiert für die Regierungsanträge.

Der Berichterstatter Dr. Giskra erklärte, keiner der Redner gegen den Ausschussantrag habe eine sachliche Rechtfertigung der Mehrerzins der Regierung vorgebracht; er wolle in eine politische Debatte jetzt nicht eingehen, da nicht der Zeitpunkt dazu da ist.

In der Specialdebatte beantragte Gahlenz, das Erfordernis für die dauernde Erhöhung des Präsenzstandes im Frieden bei der Infanterie und den Jägertruppen um 28.760 Mann zu bewilligen.

Reichbauer bekämpft unter Beifall der Linken die Präsenzstand-Erhöhung vom militärischen, finanziellen und volkswirtschaftlichen Standpunkte und hält dieselbe der politischen Constellation nach für durchaus nicht zutreffend. Er sagt: Mit der geforderten Mehrkraft von vier Millionen sei es nicht abgethan. Die 28.760 Mann brauchen auch Kasernen und diese kosteten allein mindestens 25 Millionen, die nach und nach gefordert würden. Ferner würde dadurch eine Arbeitskraft von 28.000 jungen Männern der Volkswirtschaft entzogen, jetzt, in einer Zeit, wo allseitig so empfindlicher Mangel an Arbeitskraft fühlbar ist. Bei den jetzigen politischen Constellationen liege nicht das mindeste Bedürfnis nach einer Erhöhung des Präsenzstandes vor. Redner beruft sich schließlich auf die große Verantwortung eines Volksvertreters und erklärt, im vollen Bewußtsein seiner Pflicht gegen die Bewilligung zu stimmen.

F. Hartung hielt sich als Fachmann in militärischen Dingen verpflichtet, vom militärischen Standpunkte aus die Wichtigkeit der Erhöhung des Präsenzstandes zu betonen und für diese entschieden einzutreten, da die derzeitige kurze Präsenzzeit unbedingt für unzulänglich zu halten sei. Auch sei die Berufung auf eine Ueberlastung der Steuerträger nicht zutreffend, da ein allseitiger Wohlstand bemerkbar sei und übrigens das für das Militär verwendete Geld wieder ins Volk zurückkehre.

Herbst widerlegte zunächst einige von den Vorrednern für die Regierungsanträge vorgebrachte Gründe. Wenn man bloß bewillige, was der Kriegsminister als Fachmann fordere, so sei die Delegation ganz überflüssig. Die Gründe der Regierung für die Erhöhung des Präsenzstandes seien:

1. Ungerechtigkeit betreffs der dienenden gegenüber den beurlaubten Soldaten.
 2. Vergleich des Präsenzstandes Oesterreichs mit jenem anderer Länder.
 3. Ungenügende Ausbildung des Heeres.
- Der erste Grund habe eine communistische Färbung.

Eine absolute Gleichheit sei unmöglich; übrigens werde die Gerechtigkeit nicht dadurch hergestellt, daß es allen gleich schlecht gehe, sondern vielmehr dadurch, daß es allen gleich gehe. Der Vergleich mit dem Auslande sei kein schlagender Grund, da zwischen der gesetzlichen Präsenz-Dienstpflicht und der factischen Präsenzzeit ein wesentlicher Unterschied obwalte; endlich falle der letztgenannte Grund nicht in die Waagschale, da das Verhältnis der abgerichteten Mannschaft zur nicht abgerichteten ein sehr günstiges ist. Die finanzielle Seite der Frage betreffend, sei für die cisleithanischen Delegierten eine Erklärung des diesseitigen Finanzministers maßgebend und charakterisiere die finanzielle Lage der westlichen Reichshälfte, wonach die drückende, ungerechte, unzumuthige Inseparatensteuer nicht aufgehoben werden könne, da das Ergebniss derselben von 30.000 fl. unsere Finanzen nicht entbehren können. Oesterreich sei finanziell nicht reconvalescent, sondern noch schwer krank und sei noch von zwei schweren Krankheiten: Deficit und Valutafrage, nicht geheilt. Redner schließt mit einem Blick auf die Bedeutung des Institutes der Delegationen, dem keine historische Grundlage innewohnt, und befürwortet unter dem Beifalle der Linken die Auswahlanträge.

Nach einer persönlichen Bemerkung Greuters beantragte Fürst Carlos Auersperg den Schluß der Sitzung. Der Antrag wurde bei namentlicher Abstimmung mit 31 gegen 26 Stimmen verworfen. Fürst Carlos Auersperg erhielt sodann das Wort und befürwortete die Bewilligung der Präsenzstands-Erhöhung aus einem dreifachen Gesichtspunkte; einmal, weil dieselbe gesetzlich ist, da im Wehrgeetze eine dreijährige Präsenzzeit in Aussicht genommen wurde; sodann vom finanziellen Standpunkte, da der österreichische Finanzminister in der bekannt gewordenen Solidarität der drei Regierungen seine Zustimmung hierzu gegeben habe; endlich, weil die Delegation der Politik des Ministers des Aeußern Vertrauen entgegengebracht habe. Redner empfiehlt schließlich auf das wärmste die Bewilligung der Präsenzstands-Erhöhung.

Demel hielt die Argumente des Vorredners für nicht stichhaltig. Die im Wehrgeetze in Aussicht genommene dreijährige Präsenz-Dienstzeit involviere nicht das Recht der Kriegsverwaltung, den Moment zu bestimmen, in welchem die Ausführung desselben zulässig erscheint; die Zustimmung des Finanzministers könne für das Bewilligungsrecht der Delegation nicht maßgebend sein; dem Minister des Aeußern sei eben wegen seiner Erklärungen über die friedlichen Beziehungen Oesterreichs zu dessen Nachbarn Vertrauen entgegengebracht worden, so daß also dem Kriegsbudget Ersparungen möglich sind.

Sablenz wendete sich in Vertheidigung seines Antrages gegen die früheren Redner und betont, daß sein im Ausschusse gestellter Antrag auf Vorladung des österreichischen Finanzministers nicht angenommen wurde.

Der Antrag Pascolini's auf Schluß der Debatte wurde angenommen.

Brestel wiederholte, daß bei Bewilligung des erhöhten Präsenzstandes nur die Frage entscheidend sei, ob die Mittel hiefür Jahr für Jahr ohne Deficit aus den regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden können.

Ueber Vorschlag des Präsidenten wurde die Sitzung geschlossen.

Die Option in Elsaß-Lothringen.

Das Thema der Nationalitätenwahl in Elsaß-Lothringen wird von der öffentlichen Presse in den verschiedensten Formen variirt.

Beachtenswerth ist, wie sich das englische Blatt „Saturday Review“ äußert:

„Unsere Sympathie für die Opfer darf uns nicht gegen die harten Thatfachen und die praktischen Nothwendigkeiten des Falles blind machen. Die „Option“ ist eine natürliche und unvermeidliche Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen mit Deutschland, und die Annexion ist, wie die Deutschen behaupten, denselben aufgedrängt worden durch den Gebrauch, den die Franzosen beständig und systematisch von diesem Boden machten, um sie anzureisen. Ob die Deutschen weise handelten, indem sie auf diese Annexion bestanden, darüber sind die Meinungen verschieden, aber es ist wenigstens gewiß, daß die Frage eine solche ist, über welche Deutsche allein zu urtheilen berechtigt sind. Die Franzosen gingen aus, um zu scheren, und kamen geschoren zurück. Sie gingen in den Krieg und zogen den fürzeren, und sie müssen erwarten, die Folgen außerordentlich unangenehm zu finden. Jahre um Jahre schrien sie nach dem Rhein, und sie haben kein Recht, sich zu beklagen, daß die Deutschen mit der Erinnerung an frühere Invasionen, um ihre Besorgnisse zu beschwichtigen, beschloffen, sich in jeder möglichen Weise zu schützen. Es ist vielleicht nicht erstaunlich, daß pariser Journalisten darin keine Bequemlichkeit erblicken, daß deutsches Gebiet von einer ungeheuren Anzahl Franzosen, wartend auf die erste Gelegenheit, um in Revolution sich zu erheben, und mit einer Invasion ihrer Landleute zu cooperieren, bevölkert ist; aber man mag es den Deutschen verzeihen, wenn sie die Sache von einem anderen Gesichtspunkte aus ansehen. Es würde Wahnsinn ihrerseits gewesen sein, die Provinzen zu nehmen, falls sie nicht beabsichtigten, dieselben zu behalten, und um sie zu behalten, ist es notwendig, deren Besitz zu sichern. In Frankreich macht man kein Geheimnis daraus, die verlorenen Provinzen bei der frühesten möglichen Gelegenheit wieder zu erobern. Es scheint, daß die Deutschen nicht allein in legitimer Selbstvertheidigung, sondern auch im Interesse des europäischen Friedens handeln, indem sie alles thun, was sie können, um dieses Unternehmen so hoffnungslos als möglich zu machen.“

Die „Elsaßische Correspondenz“ meldet, daß bei den Behörden Elsaß-Lothringens insgesamt 164.633 Options-Erklärungen für die französische Nationalität erfolgt sind. Nach ungefähre Schätzung sind hievon etwa 38.800 durch Auswanderung wirksam geworden. Außerdem wanderten von den bis zum 2. März 1871 in Elsaß und Lothringen ansässigen Franzosen ungefähr 12.000 aus. In Ober-Elsaß haben 92.662, im Unter-Elsaß 42.394 für Frankreich optirt; dagegen sind in Ober-Elsaß nur 10.200, in Unter-Elsaß nur 7450 ausgewandert. Die Gesamtziffer aller wirklich Ausgewanderten konnte noch nicht definitiv festgestellt werden. Die Behörden sind noch mit den desfallsigen Ermittlungen beschäftigt. Anzeichen sprechen dafür, daß viele bereits den Wunsch nach Rückkehr hegen, es wird dem nichts entgegenstehen, wenn sie deutsche Staatsbürger werden und alle Verpflichtungen als solche übernehmen.

Nur Verwendung fremder Gelder.

„In der kommenden Landtagsession“ — so erzählt der Correspondent eines süddeutschen Blattes — „wird man nicht umhin können, die Frage, was mit den Zinsen des sequestrirten Vermögens des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen geschieht, wieder aufzuwerfen. Bereits 1869 bemerkte Pascher,

daß die bezüglichlichen Geseze zwar wohl die Statistierung, nicht aber die Rechnungslegung an den Landtag ausschloßen. Damals beruhigte man sich bei der Erklärung der Regierung, daß die auf jene Zinsen angewiesenen Ausgaben für „Maßregeln zur Ueberwachung und Abwehr der gegen Preußen gerichteten Unternehmungen des Königs Georg“ einen Betrag erreichten, welcher es nicht zur Ansammlung von Beständen kommen lasse. Inzwischen ist die Welfen-Region aufgelöst worden. Es ist seitdem mehrfach der Verdacht ausgesprochen worden, daß die Gelder zur Gründung von allerhand vom Preßbureau ressortirenden Blättern verwendet werden, und daß man unter dem Titel des Kampfes gegen welfische Umtriebe sich bestrebt, die unabhängige Presse überhaupt allmählig ganz sachte entweder auszulassen oder durch finanziell überlegene Concurrnzblätter todtzumachen.“

Ueber die Vorgänge in Montenegro

erhält der „U. Lloyd“ folgenden Bericht: „Der Militärcommandant vom bosnischen Vilajet erhielt den Befehl, einen Grenzcordons, alias Blockhaus bei Pipova, hart an der montenegrinischen Grenze, zu bauen. Die Pforte denkt, sie müsse sich mehr auf ihre Stärke, als auf des Fürsten Nikiza Friedensliebe oder Loyalität stützen. Die Türken begannen gleich die Arbeit und bauten sorglos fort. In Cetinje vernahm man aber davon mit Schmerz und Ingrimm, denn erstens ist für Montenegro jedes Wachthaus des türkischen Gouvernements eine Bestie mehr, zweitens glaubten der Fürst und Senat, daß jener Punkt, auf dem das Wachthaus errichtet werden soll, noch montenegrinisches Territorium sei. Ohne sich lange zu bestreiten, ließ der Fürst eine ansehnliche Militärmacht aufbieten und befahl ihr, die Truppe, welche mit der Arbeit beschäftigt ist, anzureisen und dieselbe zu versagen. Das Wachthaus war fast fertig und die Ottomanen antworteten mit kräftigem Artilleriefeuer. Der Kampf dauerte ein paar Stunden. Durch Intervention des Großveziers ist ein Waffenstillstand abgeschlossen worden und eine gemischte Commission wird die Ansprüche Montenegro's an Ort und Stelle prüfen. Dieses ist Hauptursache der Kämpfe sowohl bei Pipova, wie beim nahen Koloschin. Die Lage ist viel ernstlicher, als man zuerst annahm, indem Montenegro sehr kriegerisch gesinnt ist.“

Politische Uebersicht.

Salbach, 11. Oktober.

In der am 10. d. stattgefundenen Abend Sitzung des Heeresauschusses der ungarischen Delegation wurden die Titel des außerordentlichen Erfordernisses verhandelt: Titel III: „Monturen und Ausrüstungen“, wurde von 267.000 fl. auf 91.500 fl. herabgesetzt; für die Mehrausgabe von 60.000 fl. infolge von Elementarereignissen wurde die Indemnität ertheilt.

Beide Häuser des preussischen Landtages beginnen ihre Arbeiten am 22. Oktober. Im Abgeordnetenhaus steht eine lange Reihe von Petitionsberichten auf der Tagesordnung. Im Herrenhause soll sofort die Verathung der Kreisordnung ihren Anfang nehmen. Wie verlautet, will die Centrumsfraction des Abgeordnetenhauses die Regierung wegen der gegen den Bischof von Ermeland verhängten Temporalienperre interpellieren. Bischof Krementz soll deshalb seinen ursprünglichen Plan, auf dem Rechtswege gegen die Regierung vorzugehen und eine Civilklage gegen sie anhängig zu machen, wieder aufgegeben haben.

Seuilleton.

In eiserner Faust.

Ein Roman aus der neuesten Zeit
von J. Steinmann.

XI. Kapitel.

Verloren.
(Fortsetzung.)

Eine lange, hagere weibliche Gestalt öffnete schweigend eine rechts von dem Haupteingange gelegene Thür, durch welche der Pastor eintrat.

„Guten Abend, Herr Pastor,“ rief ihm eine heisere Stimme entgegen. „Das mag ich leiden, wenn man präzise kommt. Ja, ja, so geht es nun einmal, die Liebe läuft mit den jungen Männern davon, das ist's eben.“

Pastor Schröder fühlte sich durch das Epitheton „jung“ sehr angenehm berührt.

„Liebe Graumann,“ sagte er salbungsvoll, „der Herr ist mit den Gerechten und läßt sie keine Noth leiden.“

„Ja, das weiß Gott, die Gerechten haben nichts auszustehen. Früher, als ich noch nicht in der Gemeinschaft der Frommen aufgenommen war, hatte ich alle Augenblicke mit der Polizei zu thun und mußte manchen blanken Thaler zahlen, aber jetzt habe ich Gott sei Dank Ruhe!“

Das Weib lächelte stillvergnügt vor sich hin. Wer die Graumann damals auf dem Bahnhofs-

gesehen hätte, als Georg nach Düsseldorf reiste, würde sie jetzt wohl kaum wieder erkannt haben.

Ein Kleid von brauner, schwerer Seide hüllte das etwas gebogene Knochengestalt ein. Eine dicke, goldene Uhrkette hing von dem gelben, faltigen Hals herab und verlief sich in einem Gürtel von braunem Sammt, der von einer schweren Goldschnalle gehalten wurde. Die Knochenfinger waren mit Ringen förmlich geharnischt. Was aber dem Ganzen die Krone aufsetzte, war die moderne Frisur, mit der sich der Eulenkopf hatte aufzieren lassen. Trotz der Kostbarkeit der Stoffe und des mehr als reichlich angebrachten Schmuckes machte die Alte einen scheußlichen Eindruck.

Vor ihr auf dem Tische stand eine Flasche mit süßem Wein und ein mächtiger Teller mit Confect.

Sie selber wiegte sich in den Kissen eines weichen Sopha's und beobachtete ihre Gestalt und ihren Putz mit Wohlgefallen in dem großen Spiegel, der fast von der Decke des Zimmers bis zur Erde ging.

Das Zimmer war mit dunkelrothen Sammttapeten versehen, der Fußteppich war grün gemustert und außer dem Spiegel befanden sich nur noch zwei ziemlich mittelmäßige Oelgemälde in allerdings sehr breiten und gewichtigen Goldrahmen an den Wänden.

„Wie befindet sich das unschuldige Lamm?“ fragte Pastor Schröder. „Ist sie denn einigermaßen ergeben in ihr Schicksal?“

„Gott bewahre! Sie schreit in einemfort nach einer Toni und nach ihrem Steuermann. Wir haben sie deshalb nach dem Garten hinaus einquartiert, damit sie uns nach vorne heraus keine Ungelegenheiten bereiten kann. Wenn sie heute nicht zur Vernunft kommt, haben

wir noch Mittel, sie zu zwingen, im Nothfall macht der Beamte Korn ihr den Standpunkt klar.“

Der Herr Pastor schien nicht sehr von den Reden der Alten erbaut. Nach einer längeren Pause sagte er:

„Ich will zu ihr. Halten Sie eine Flasche Champagner bereit, denn der Wein erheitert das Herz des Betrübten und lindert seine Schmerzen.“

„Schon recht, Hochwürden,“ erwiderte die Alte, „das kleine Glas ist für das Mädchen, es sind ein paar Beruhigungstropfen darin,“ fügte sie mit teuflischem Lachen hinzu.

„Ich will es merken,“ sagte der Herr Pastor und wollte gehen.

„Halt!“ rief die Alte. „Erst wird gezahlt.“

„Nicht so,“ sagte Schröder. „Mein Gedächtnis ver-

ließ mich.“

„Das ist ein schlimmer Fehler!“

„Wie viel ist nur noch ausgemacht.“

„Das werden Sie selber noch wissen.“

„Wenn ich nicht irre, achtzig Thaler.“

„Warum nicht gar. Die hundert müssen voll sein.“

„O bewahre!“

„Es geht nicht anders. Die Hälfte bekommt der Beamte Korn und ich allein habe über fünfzig Thaler Unkosten, bloß um die Kleine hierher zu bekommen. Nein, ablassen kann ich nichts. Wenn Sie es nicht wären, Herr Pastor, und wenn wir uns nicht von ihren Trostreben einen günstigen Erfolg versprochen, ich würde andere Preise setzen. Aber das Mädchen ist nun einmal verrückt. Das thut uns großen Schaden.“

Mit Widerstreben zahlte Schröder die hundert Thaler.

Der „Niederh. Cour.“ schreibt: „Die Differenzen zwischen der deutschen und französischen Regierung in Bezug auf die Option der in Elsaß-Lothringen niedergelassenen Franzosen und in Bezug auf die Minderjährigen sind noch nicht alle gelöst und könnten später noch zu Schwierigkeiten Anlaß geben. Die deutsche Regierung hat den frankfurter Vertrag dahin erklärt, daß auch die in den Reichslanden niedergelassenen Franzosen, welche keine geborenen Elsaß-Lothringer sind, sich der Option unterziehen und das Land verlassen müssen, widrigenfalls sie als Deutsche betrachtet werden. Diese Interpretation wird vom französischen Ministerium bestritten. Ebenso ist man in Bezug auf die Minderjährigen noch nicht zu einer Verständigung gelangt, und hier könnten in Zukunft ebenfalls Schwierigkeiten entstehen, wenn die Leute von beiden Staaten für den Militärdienst reclamiert werden sollten.“

Die Demission des französischen Gesandten in Brüssel, Ernest Picard, wurde von dem Präsidenten Thiers angenommen. Das Gerücht, wonach Dienne zum Handelsminister ernannt sei, bestätigt sich nicht. — Die „Agence Havas“ meldet: Das Gerücht, daß die deutschen Behörden in Nancy emigrierende Elsaßler und Lothringer aufgehalten oder belästigt hätten, wird dementiert; die genannten Behörden haben im Gegentheil große Mäßigung und Reserve den Emigranten gegenüber bewiesen. — Thiers präsidirte am 9. d. M. der ersten Sitzung des obersten Kriegsraths. Die Verhandlungen werden geheim gehalten. — Der „Soir“ veröffentlicht einen Artikel Keratys, welcher eine Spaltung zwischen Thiers und der Linken voraussehen läßt und mit der Bemerkung schließt, daß die conservative Republik, um zu leben und sich zu vertheidigen, ein wahres Ministerium, die Proclamation der Republik und ein Wahlsystem brauche.

Der „Avenir National“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß das Instrument des neuen englisch-französischen Handelsvertrages vollkommen fertig und zur Unterschrift bereit ist. Die Verhandlungen mit Italien und Oesterreich seien viel weniger vorgerückt, und Belgien hätte den ihm vorgelegten Vertrag rundweg mit dem Bemerkten abgelehnt, daß es zunächst das Resultat der Unterhandlungen mit England abwarten wolle. — Nach einer Notiz der „Times“ habe Herr Fourrier, der französische Gesandte am italienischen Hofe, bei seiner Anwesenheit in Paris dem Präsidenten die befriedigendsten Zusicherungen geben können, die italienische Regierung sei bereit, „dem Beispiele Englands“ hinsichtlich der nöthigen Veränderungen im Zollwesen zu folgen.

Der dänische Reichstag wurde bis zum 2ten Dezember vertagt. Das vorgelegte Budget weist einen Ueberschuß von 768.000 Reichsthalern in den Einnahmen auf.

In Constantinopel ist das Gerücht verbreitet, der Contract mit der Tabak-Regie werde aufgelöst werden. Letztere beklagt sich über Schmuggel, der von Soldaten getrieben werde.

Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestät die Kaiserin wird, wie der „P. Lloyd“ erfährt, mit den Prinzessinnen Gisela und Valerie am 15. d. in Ofen eintreffen und dann etwa zwei Monate lang dort verweilen. — Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Albrecht wurde am 10ten

„So,“ sagte die Alte. „Nun noch vier Thaler für den Champagner und zwei Thaler Trinkgeld an die Aufwärterin.“

„Gott soll mich bewahren, das ist ja Prellerei,“ schrie Schröder entrüstet.

„Bester Pastor“, lachte die Alte. „Was kommt es auf die sechs Thaler an? Nur heraus damit und dann „Gute Nacht!“

Ehren-Schröder fügte sich auch diesem Wunsche des alten Weibes, weil er einsah, daß er mußte. Dann nahm die Alte ein Licht und schritt voran in den zweiten Stock. Sie öffnete eine Thür und ließ den Pastor eintreten.

Sie zündete die Gaslampe an und nahm der Aufwärterin, welche gefolgt war, die Champagnerflasche ab.

„Hier dies kleinere Glas merken Sie sich wohl“, flüsterte sie und fügte dann lachend hinzu: „sie wird süßamer.“

Dann schloß sie eine Thür auf, die in ein Nebenzimmer führte, und sagte:

„Da drinnen ist sie.“

Mit diesen Worten entfernte sie sich und schloß die erste Thür, durch welche sie eingetreten waren, von außen wieder zu.

„Sicher ist sicher“, murmelte sie, „das Mädchen könnte fliehen wollen, und das stimmt nicht mit der Berechnung.“

Unten in ihrem Zimmer setzte sie sich zu ihrem süßen spanischen Wein und ihrem Confect.

Sie rief sich von Zeit zu Zeit schadensfroh die Hände und aus ihren Augen blickte ein unheimliches, teuflisches Leuchten.

(Fortsetzung folgt.)

b. M. in Pola erwartet. — Am 9. d. vormittags um 11 Uhr fand in Stockholm das Leichenbegängnis des Königs von Schweden und Norwegen unter allgemeinsten Theilnahme der tiefbegriffenen Bevölkerung statt. Der Leiche folgten die Mitglieder des königl. Hauses und die Fürsten von Waldeck und Wied. Der Beisetzungs der Leiche in der Riterholmskirche wohnten die Specialgesandten der ausländischen Höfe und das diplomatische Corps bei. Der Leichenwagen wurde auf dem Wege mit Blumen und Kränzen überschüttet.

— (Der Divisionär Herr J. M. Baron Kriz) ist am 9. d. M. in Karlstadt an Dysenterie gestorben.

— (Ein decorierter Student.) Am 7. d. M. fand Jglau im Sitzungssaale des Rathhauses die Decoration des 14jährigen Alois Grazer mit dem ihm von Sr. Majestät des Kaisers verliehenen silbernen Verdienstkreuze statt. Grazer hatte einem dem Ertrinken nahen Soldaten das Leben gerettet.

— (Neues Bahnproject.) Wie wiener Blätter melden, hat die Regierung das Project für die schmalspurige Vocomotivbahn Klagenfurt-Völkermarkt-Radkersburg mit der Zweigbahn in das Lavantthal der kärntner Handelskammer zur Begutachtung überwiesen.

— (Großer Brand.) In der Nacht vom 4ten auf den 5. October abends gegen 8 Uhr brach im südlichen Theile des Martes Eisenkappel in Kärnten Feuer aus. Dreißig Häuser sind gänzlich abgebrannt.

— (Weinernte in Steiermark.) Man schreibt der „N. F. P.“ aus einer sonst guten Weinregion dieses Landes: Die Ernte in den Weinbergen hat zum Theile schon begonnen, zum Theile steht sie in den nächsten Tagen bevor. Wie vorauszu sehen war, ist das Ergebnis derselben im allgemeinen kein sehr günstiges, und es haben die Besitzer namentlich über die anzuheffende Quantität viel zu klagen; die häufigen Hagelschauer im Frühsommer und die „Seng“, welche viele Weinberge verheerte, haben das verschuldet. Die Weinpreise gehen infolge dessen ungemein in die Höhe.

— (Verkauf der Grenzwaldungen.) Nach zwanzigtägigen Verhandlungen wurde der Vertrag wegen der Grenzwaldungen von Vertretern der ungarischen Bodencredit-Anstalt, Anglo-Hungarian, Franco-Hungarian-Bank und Bernh. Pollak jun. unterfertigt, die Caution mit 3,300.000 fl. — und die erste Rate mit 2,775.000 fl. — in Silber erlegt.

— (Räuberbanden.) In der Militärgrenze zeigten sich in den letzten Tagen mehrere Räuberbanden und beunruhigten dort die Dörfer.

— (Ausgewiesene Ausländer.) Im Monate September wurden 34 Individuen theils nach verbüßter Kerkerstrafe, theils aus polizeilichen Rücksichten aus Oesterreich ausgewiesen.

— (Blutiger Exceß in Constantinopel.) Am 9. d. fand in Stambul zwischen mehreren Türken und Persern ein ernstlicher Conflict statt. Nachdem die Polizei zurückgebrängt wurde, schritt eine Compagnie Soldaten ein. Dieselbe griff die Perser an, welche Widerstand leisteten. 3 Perser wurden getödtet, 30 verwundet, mehrere gefangen. Von den Soldaten wurden 10 Mann verwundet. Die persische Colonie ist in größter Aufregung.

Locales.

Auszug

aus dem Protokolle über die

ordentliche Sitzung des k. k. Landes-Schulrathes

für Krain in Laibach, abgehalten am 19. September 1872 unter dem Vorsitze des k. k. Landespräsidenten Alexander Grafen Auersperg in Anwesenheit von 6 Mitgliedern.

I. Nach Vorlesung der seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke durch den Schriftführer erwähnt der Vorsitzende die auch schon in öffentlichen Blättern zur Besprechung gelangte Inspection des an der h. o. Lehrerbildungsanstalt abgehaltenen Fortbildungscurses für Lehrer durch zwei Landes-Schulrath-Mitglieder. Er müsse auf den § 40 des Schulaufsichtsgesetzes aufmerksam machen, der ausdrücklich bestimmt, daß zunächst nur die Landes-Schulinspectoren berufen sind, die Inspicirungen vorzunehmen, und daß die ausnahmsweise Abordnung anderer Mitglieder des Landes-Schulrathes zur Ausübung von Functionen dieser Art dem Landeschef vorbehalten ist.

Indem er constatirte, daß die gedachten Herren sich weder vorher diesfalls bei ihm gemeldet haben, noch von ihm abgeordnet worden, und sonach eigenmächtig als Abgeordnete des Landes-Schulrathes aufgetreten sind, wisse er unter Verwahrung gegen derlei Eingriffe in das ihm als Landeschef zustehende Recht dieselben ersuchen, sich in dieser Richtung immer die Bestimmung des § 40 des Schulaufsichtsgesetzes gegenwärtig zu halten.

Dr. Bleiweis erbitet das Wort zu einer Aufklärung. Er habe selbst den Gegenstand zur Sprache bringen wollen, indem ihm „Tagblatt“ nicht nur seine und des Directors Praprotinik Person, sondern auch der ganze Landes-Schulrath so gemein angegriffen wurde, daß er den Fall zur Entscheidung bringen wollte.

Nedner verliest den bezüglichen Artikel des „Tagblatt“ und fährt fort: Er erlaube sich, den Herrn Vorsitzenden und die Mitglieder auf die Anfrage zu erinnern, welche er in der vorletzten Landes-Schulrath-Sitzung an den Landes-Schulinspector Dr. Jarz gestellt habe, ob die Landes-

Schulrath-Mitglieder zum Fortbildungscurse zuhören gehen können. Der Landes-Schulinspector habe gesagt: „Gar kein Anstand, die Prüfungen sind öffentlich.“ — und es sei gegen diese Antwort von niemandem eine Einwendung gemacht worden; er habe sonach geglaubt, das Recht zu haben, als Zuhörer dazu zu gehen. Er und Praprotinik seien auch einfach als Zuhörer hineingegangen und haben sich nach Begrüßung des Professors in die letzten Bänke gesetzt, ohne sich als Inspectoren zu gerieren, und er müsse entschieden in Abrede stellen, daß sie als solche erschienen wären. Ihm sei vorzüglich darum zu thun gewesen, zu hören, was die Lehrer von der Landwirthschafts-Gesellschaft die Erlaubnis erwirkt hatte, ihnen am Versuchshofe die Maschinen und Geräthe zu zeigen, was dann auch geschehen, und denselben in Gegenwart des Lehrers Tomšič, Professors Lesjak und des Präsidenten der Landwirthschafts-Gesellschaft von ihm und Herrn Skale die gedachten Gegenstände erklärt worden sind. — Demnach ersuche er:

1. Den Herrn Vorsitzenden und den Landes-Schulrath, zu constatiren, daß er in der Landes-Schulrath-Sitzung den Herrn Landes-Schulinspector gefragt habe, ob es den Landes-Schulrathen gestattet ist, in den Fortbildungscurs der Lehrer zuhören zu gehen; darauf die Antwort erhalten habe, „gar kein Anstand,“ und daß von niemandem dagegen eine Einwendung erhoben wurde.

2. Möge er bemerken, daß niemand als Inspector erschienen und sich niemand als solcher geriert hat und er und Praprotinik vielmehr mit Zustimmung des Landes-Schulrathes als Zuhörer zum Fortbildungscurs gegangen seien.

3. Frage er, ob der Landes-Schulrath den Ausfall des „Tagblatt“ auf seine Wirksamkeit so ruhig hinnimmt, und was er auf den Angriff gegen die Ehre seiner Person und des Herrn Praprotinik thun wird. Der Vorsitzende bemerkt, er erinnere sich auf die in einer früheren Sitzung an den Landes-Schulinspector gerichtete Anfrage und die Antwort. Er habe diese nebensächliche und an eine incompetent Adresse gestellte Anfrage damals einer weiteren Erledigung nicht bedürftig erachtet und müsse wiederholt bemerken, daß der § 40 des Schulaufsichtsgesetzes dem Landeschef ein persönliches Recht einräumt, welches weder einem Landes-Schulrath-Mitgliede noch auch dem Landes-Schulrath zustehe. Was die Absicht des Herrn Dr. Bleiweis, sich von dem landwirthschaftlichen Wissen der Lehrer zu überzeugen und ihnen die Beschäftigung der landwirthschaftlichen Geräthe und Maschinen zugänglich und lehrreich zu machen, anbelangt, erkenne er den dabei verfolgten löblichen Zweck an und hätte auf einen vorher ausgesprochenen Wunsch keinen Anstand genommen, seine Zustimmung einem mit dem obigen Zwecke im Zusammenhang stehenden Besuche des Fortbildungscurses zu ertheilen. Was den von Dr. Bleiweis zur Sprache gebrachten dritten Punkt anbetrifft, wurde bemerkt: es werde durch den Eingangsprotokoll des vorgelesenen Artikels des „Tagblattes“ der Landes-Schulrath in der That auf eine ungerechtfertigte Weise in der Realität seines Wirkens angegriffen. Gegen solche Angriffe stehen dem Landes-Schulrath zweiertei Wege offen. Der eine Weg ist der einer offiziellen Berichtigung, — der andere, insofern im betreffenden Artikel die Merkmale einer Ehrenbeleidigung enthalten sind, der des Ehrenbeleidigungs-Prozesses.

Belangend die Thätigkeit des Landes-Schulrathes, so werden über die hauptsächlichsten Momente desselben die Sitzungsberichte vorchriftsmäßig und regelmäßig in der Amtszeitung veröffentlicht, und wird dadurch der öffentlichen Meinung die Gelegenheit geboten, über die Geseßlichkeit und die Erfolge seiner Amtshandlungen zu urtheilen. Der erwähnte Ausfall stütze sich jedoch auf keine einzige Thatsache, wodurch derselbe sich vor den Augen eines besonnenen und unparteiischen Lesers irgend rechtfertigen ließe. Aus Anlaß eines ähnlichen, die Thätigkeit des Landes-Schulrathes auch nur ganz allgemein, ohne nähere Begründung kritisirenden Artikels hat der Landes-Schulrath überdies seinerzeit ein übersichtliches Bild seiner Thätigkeit in der Amtszeitung speciell veröffentlicht und hat damit seiner Stellung so wie dem Bewußtsein seiner gewissenhaften Pflichterfüllung sicherlich am besten entsprochen.

— Betreffend das Mittel eines Ehrenbeleidigungs-Prozesses, so würde hievon wohl ganz abzusehen, weil es, da einerseits durch die Sitzungsberichte die strenge Geseßlichkeit, und Correctheit der Amtshandlungen des Landes-Schulrathes bekannt ist, andererseits es aber zu den allgemeinen Aufgaben desselben gehört, vom Standpunkte der Vertretung der wissenschaftlichen und Culturinteressen für die freie Bewegung der Presse wie der Wissenschaft in jeder Richtung einzutreten, seiner Aufgabe durchaus nicht entsprechen würde, im Prozeßwege das Ansehen seiner Stellung zu wahren. Der mehrerwähnte Passus verdient übrigens schon wegen Mangel irgend welches thatsächlichen Momentes keine nähere Würdigung.

Schließlich wurde die Aufnahme dieser Auseinandersetzung in den zu veröffentlichenden Auszug des Sitzungsprotokolles beschlossen.

(Schluß folgt.)

— (Im Casino-Glaskalon) findet heute abends das erste Concert der Theatermusik-Kapelle statt. Das Theaterorchester zählt heuer eminente Kräfte; das Programm signalisirt dem Vernehmen nach interessante Piecen; wir können demnach einen recht angenehmen Abend

erwarten. Herr Theaterdirector Kogly und Herr Ehsfeld beabsichtigen, an slovenischen Theaterabenden im Casino-glasalon dramatisch-musikalische Abendunterhaltungen zu arrangieren.

— (Theateranzeige.) Morgen geht Flotows „Martha“ mit neuer Besetzung des Tenorparties „Lyonel“ über die Bretter.

— (Zur Action der philharmonischen Gesellschaft.) Die Proben des Männerchores beginnen am 15. d. abends um 8 Uhr, werden so fort während des Winters an jedem Montag und Freitag stattfinden. Am 27. d. M. vormittags 11 Uhr findet im Probefocale die diesjährige Hauptversammlung des Männerchores und am selben Tage auch die heutige Generalversammlung der philharmonischen Gesellschaft statt.

— (Aus dem Amtsblatte.) Randmachung betreffend die Sicherstellung der Verfrachtung militärisch-äranischer Güter. — Verlautbarung betreffend eine Stipendienverleihung an Hörer der med.-chir. Studien. — Randmachungen betreffend 1. die Verleihung von Auscultantenstellen, 2. die Einstellung des Viehmarktes in Stein.

— (Schadenfeuer.) Am 5. d. M. nachmittags 4 Uhr brach im Hause des Basilus Bertoni, Grundbesitzer in Brezje Nr. 25, Gemeinde Kertine, Bezirk Stein, Feuer aus, welches Haus und Mobiliare einscherte. Der Gesamtschaden beträgt 400 fl., er war nicht versichert. Dem Vernehmen nach soll der Brand infolge unvorsichtiger Spiele mit Bündelholz ausgebrochen sein.

— (Diebstähle.) Der Maria Vecijan in Kerschdorf, Bezirk Rudolfswerth, wurden Kleidungsstücke im Geldwerthe von 10 fl.; dem Cendek in Janezovo, Bezirk Adelsberg, 6 Schafe; dem Hausknechte Thomas Pivl in Spincich, Bezirk Bolosca, eine Brieftasche mit 100 fl. in Banknoten; dem Ferdinand Märlaret in Laibach Portraitsbilder, 3 B. N. à 10 fl. u. a. Effecten; dem Maier Josef Herzog in Florjanow, Bezirk Rudolfswerth, Kleidungsstücke, Leibwäsche u. s. w.; dem Johann Semenik und dem Peter Janar in Jesenovic, Bezirk Rudolfswerth, Kleidungsstücke, Leibwäsche u. s. a. gestohlen.

— (Steckbrieflich verfolgt werden): Die Zigeuner Vincenz und Franz Brajdič; Ignaz Dermota aus Villand, Bezirk Laibach, 30 Jahre alt, wegen Verbrechen des Diebstahls; Karl Premru, Corporal, aus Rudolfswerth, 21 Jahre alt, wegen Entweichung; Sartori Antonio aus Villano, 35 Jahre alt, wegen schwerer körperlicher Beschädigung; Jakob Koch aus Oehren, 20 Jahre alt, wegen Verbrechen des Raubmordes; Maria Rakit, aus Unterstrill, Bezirk Gottschee, wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens.

— (Bahnfahrten für Feuerwehren.) An die Stationsvorsteher der Südbahn sammt Nebenlinien und der tiroler Linie ist folgendes Rundschreiben erlassen worden: „In Würdigung der gemeinnützigen Zwecke, welche die Feuerwehrgesellschaften verfolgen, hat die Generaldirection genehmigt, daß bei Ausbruch eines Brandes, wo die Hilfeleistung einer benachbarten Feuerwehr dringend notwendig ist, auf Ansuchen des Vorstandes derselben die Löschmannschaft und Requisiten ohne vorherige Entrichtung der tarifmäßigen Gebühren mit den regelmäßigen Personen- und Lastzügen und auf kurzen Strecken je nach Bedarf und Thunlichkeit selbst mittelst Extrafahrt befördert werden dürfen. Bei Anforderung derartiger Separatfahrten bleibt es jedoch der Beurtheilung des betreffenden Stationschefs überlassen, ob und wann mit Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs der verlangte Zug factisch eingeleitet werden kann. Zu jeder solchen Beförderung, welche ohne vorhergehende Entrichtung der Gebühren stattfinden soll, ist von dem Vorstande der Feuerwehr eine Bestätigung auszustellen, welche die Anzahl der betreffenden Personen, Geräthschaften u. s. w. enthalten muß; diese Bestätigung ist von dem Stationschef mit der Klausel zu versehen: „Giltig zur Fahrt von . . . bis . . . und zurück laut Directionserlaß Z. 8939/I ex 1871“ und

hat dann als Fahrlegitimation sowohl für die Hin- als Rückfahrt zu gelten. Bei der Rückfahrt ist diese Bestätigung, beziehungsweise Fahrlegitimation abzunehmen und mit Bericht hierher vorzulegen, da sich die Generaldirection die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten hat, ob die Gebühren ganz oder nur theilweise nachzulassen seien. Auf die letztere Bedingung dieses Zugeständnisses haben Sie vorkommenden Falles die Vorstände der Feuerwehrgesellschaften ausdrücklich aufmerksam zu machen.“

— (Erster allgemeiner Beamtenverein der österreichisch-ungarischen Monarchie.) Bei der Lebensversicherungs-Abtheilung wurden im Monat September d. J. 651 Anträge per 661.260 fl. Kapital 1750 fl. Rente eingereicht. Abgeschlossen wurden 409 Verträge über 361.549 fl. Kapital und 650 fl. Rente. Der Bestand aller Versicherungen am 30. September d. J. betrug nach Abzug aller Erlösungen und Ausbezahlungen 16.031 Verträge mit 14.058.000 fl. Kapital und 34.200 fl. Renten. Durch Todesfälle waren seit 1. Jänner 135 Polizzen erloschen und hiedurch 109.800 fl. Kapital fällig geworden. Die Prämieinnahme pro September war mit 34.657 fl. vorgeschrieben. Die Vorschußabtheilung zählt laut Ausweises vom 30. Juni d. J. 9634 Theilhaber, welche in 50 Confortien vereinigt, an eingezahlten Antheilseinslagen 1.235.700 Gulden besaßen und während des ersten Semesters 793.000 Gulden Vorschuße erhielten. Neue Localausstellungen (Zusätze) des Vereins wurden zu Teplitz und Eger gegründet, deren gegenwärtig 84 bestehen.

— (Theater.) Dem gestern in Szene geführten Lebensbilde „Die Pfarrerstöckchen“ von D. F. Berg wohnte ein spärliches Publicum bei. Herr Benisch war in der Titelrolle eine recht niedliche und natürliche Erscheinung. Herr Aufim dürfte gestern des Spasses zu viel serviert haben, insbesondere im Gesangsquodlibet mit „Gustl.“ Herr Midaner war ein recht gemütlicher Landpfarrer, entfaltete guten Humor mit Ruhe und Würde. Bei Fräulein Brand (Flora) vermißten wir nur in der Scene, wo sie nach vorausgegangenem inneren Kampfe mit edler Resignation die Worte spricht: „Ich geh' ins Kloster,“ tieferen Gefühlsausdruck. Fräulein Brambilla's Leistung als „Frau v. Stein“ war, wie jede ihrer bisherigen Rollen, voll Verständnis und correct. Herr Kranz gab den „Bispi“ mit drastischer Komik, Frau Krosch die „Oberin“ mit Anstand. Eines durchschlagenden Erfolges kann sich die gestrige Vorstellung nicht erfreuen. Das Gesangsquodlibet (Gustl und Stieglitz) errang großen Beifall.

— (Schlußverhandlungen beim k. k. Kreisgerichte in Rudolfswerth.) Am 17. Oktober. Johann Kom: Raub. — Am 19. Oktober. Johann Jamnik: schwere körperliche Beschädigung; Marko Bajak: Diebstahl; Franz Smole: Diebstahl. — Am 24. Oktober. Andreas Ivančič: Diebstahl; Josef Pretorščel und Lorenz Razamara: Diebstahl; Johann Rishner: Veruntreuung; Anton Besel: schwere körperliche Beschädigung. — Am 26ten Oktober. Johann Hočevar: Vorschußleistung; Johann Potocar: schwere körperliche Beschädigung; Johann Renič: schwere körperliche Beschädigung; Markus Jevnit: Diebstahl. — Am 31. Oktober. Maria Markovič und vier Genossen: Diebstahl.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“) **Wien, 12. Oktober.** Die heutige „W. Z.“ veröffentlicht die Ernennung Dr. Kalteneggers zum Landeshauptmann in Krain — und des Sectionschefs im Handelsministerium, Wiedenfeld, zum Statthalter in Linz.

Wien, 11. Oktober. Das Unterhaus nahm heute den Adressentwurf der Deakpartei mit 185 gegen 101 Stimmen nahezu unverändert an.

Wien, 11. Oktober. Die Reichsraths-Delegation nahm in der Specialdebatte mit Ausnahme der gestern bewilligten Mehrkosten für Präsenzzeit sämtliche übrige Titel des Ordinariums des Heeresoberdienstes nach den Ausschufanträgen ohne erhebliche Debatte an. Morgen Berathung des Extraordinariums.

Telegraphischer Wechselkurs vom 11. Oktober.

Papier-Rente 60.20. — Silber-Rente 70.31. — 1860er Staats-Anleihen 102.10. — Banq.-Actien 903. — Credit Actien 830.30. — Lombard 108.70. — Silber 107.25. — R. t. Münz-Ducaten 5.23 1/2. — Kaiserin-Medaille 8.72 1/2.

Das Postdampfschiff „Allemania“, Capitän Kählewein, ging am 5. Oktober mit Gütern und Passagieren vollbesetzt von Hamburg nach New-York ab.

Verstorbene.

Den 5. Oktober. Antonia Gestrin, Bürgerwaise, alt 26 Jahre, in der Bahnhofgasse Nr. 113 an der Lungentuberculose.

Den 6. Oktober. Der Helena Gostisha, Schlosserwitwe, ihr Sohn Felix, alt 21 Jahre, in der Bahnhofgasse Nr. 122 an der Tuberculose. — Dem Herrn Josef Kuzar, Hausbesitzer, sein Kind Alois, alt 16 Monate, in der Bahnhofgasse Nr. 119 an Diphtheritis. — Franz Jenič, Findling, alt 1 Monat, im Civilspital an Schwäche. — Franz Rotar, Schneider, alt 20 Jahre, im Civilspital an der Abzehrung.

Den 7. Oktober. Dem Herrn Thomas Semliner, k. k. Oberlieutenant des 17. Infanterie-Regiments Baron Kuhn, seine Frau Leopoldine, geborne v. Call, alt 22 Jahre, in der Polana vorstadt Nr. 29 am Bandschlag. — Herr Dr. Albert Rossmatich, Scripitor an der grazer Universität, alt 26 Jahre, in der Stadt Nr. 296 an der Tuberculose.

Den 8. Oktober. Agata Aroni, Bettlerin, alt 47 Jahre, im Civilspital an der Lungentuberculose. — Johann Jančovič, Tagelöhner, alt 53 Jahre, im Civilspital am Zehrfieber. — Agnes Stebe, Zimwöhrerin, alt 71 Jahre, im Civilspital infolge zufällig erlittener Verletzung.

Den 9. Oktober. Dem Johann Krazovic, Tischler, sein Kind Anton, alt 6 Monate, in der Stadt Nr. 12, am Lungenödem. — Maria Erhaj, Magd, alt 24 Jahre, im Civilspital an der Blutvergiftung. — Michael Reš, Tischler, alt 20 Jahre, im Civilspital an der Gebärmutterentzündung.

Den 10. Oktober. Agnes Darovec, Zimwöhrerin, alt 78 Jahre, im Civilspital an Marasmus. — Blasius Mahkota, Arbeiter, alt 50 Jahre, im Civilspital am Morbus Brightii.

Angekommene Fremde.

Am 10. Oktober.

Elefant. Polican, Student, Görz. — Kirchner und Edlaner, Wien. — Stranek, k. k. Hauptmann, mit Familie, Wien. — Jenko, Stein. — Jurischovich, Görz. — Koll, Wien. — Gorsup, Görz.

Stadt Wien. Zumann, Kaufm., Wien. — Drakla, Radmannsdorf. — Ratsch, Kaufm., Cilli. — Varr, Kaufm., Triest. — Bruchmann, Florenz.

Hotel Europa. Drel, Oberkain. — Tomann, Steinbüchl. — Pollay, Neumarkt. — Frederksdorfer, Triest. — Freiherr von Esterhazy, mit Familie, Rudenstein.

Theater.

Danes: St! Igra v 2 dejanjih. Potem: Bell Otelo. Veseloigra v 1 dejanji.

Morgen: Martha. Oper in 4 Akten von W. Friedrich. Musik von F. v. Flotow. Lyonel. Herr August Stoll vom hiesigen Theater in Pest als Gast.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Oktober	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reduziert	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Witterungscharakter	Witterungscharakter am 24. Okt. in Villach
11.	6 U. Mg.	729.30	+11.8	D.	Schwach	trübe	
	2 „ N.	729.52	+16.0	N.W.	Schwach	trübe	0.00
	10 „ Ab.	730.97	+12.0	S.W.	Schwach	trübe	

Vormittags trübe, nachmittags einige Sonnenblicke. Scirocoströmung. Um 9 Uhr Wetterleuchten in Südwest. Das Tagesmittel der Wärme + 13.3°, um 1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmahr.

Börsenbericht. Wien, 10. Oktober. Der veröffentlichte Bankausweis beeinflusste die Börse in günstigem Sinne, obwohl die Ziffer der Notenerfasse nicht allein entscheidend ist und ein Abwägen aller Verhältnisse Vorsicht noch immer geboten scheint. Eine durchgreifende Hausse fand übrigens nicht statt. Es stiegen Bankactien auf 910 in Fortsetzung der dies in Folge des Ablaufes einer bedeutenden Stellage. Der Kurs ging bis 135 um 8 fl. höher. Lebhafteste Bewegung, anfangs fallend, dann wieder steigend, bemächtigte sich der Actie der allgemeinen österreichischen Bankgesellschaft und war hiebei die verschiedenartige Beurtheilung der Consequenzen aus dem von jener Gesellschaft geführten Bau der Linz-Budweiser Bahn Motiv. Zum Schluß folgte in Bankactien eine Reaction bis 900 und ein neuerliches Steigen bis 903.

A. Allgemeine Staatsanleihen.			Wiener Communalanleihen, rückz. Geld Baare			K. K. Staatsanleihen			K. K. Staatsanleihen		
für 100 fl.			zahlbar 5 pCt. für 100 fl.			für 100 fl.			für 100 fl.		
Einheitsliche Staatsanleihen zu 5 pCt.:			B. Aktien von Bankinstituten.			für 100 fl.			für 100 fl.		
in Noten verzinst.			Anglo-österreich. Bank			für 100 fl.			für 100 fl.		
Februar-August	65.35	65.45	Bankverein			317	317.50		Bankverein		
Jänner-Juli	65.35	65.45	Boden-Creditanstalt			335	360.		Boden-Creditanstalt		
April-October	70.60	70.70	Creditanstalt f. Handel u. Gew.			330	330.80		Creditanstalt f. Handel u. Gew.		
Jose v. J. 1839	338.50	339.50	Creditanstalt, allgem. ungar.			140	140.50		Creditanstalt, allgem. ungar.		
1854 (4 %) zu 250 fl.	93	93.50	Depositenbank			116	116.50		Depositenbank		
1860 zu 500 fl.	102.10	102.40	Escompte-Gesellschaft, u. s.			1030	1040.		Escompte-Gesellschaft, u. s.		
1860 zu 100 fl.	123.25	123.75	Franco-österreich. Bank			127	127.50		Franco-österreich. Bank		
1864 zu 100 fl.	142.50	143.	Handelsbank			251	252.		Handelsbank		
Staats-Domänen-Pfandbriefe zu 120 fl. u. 120 fl. in Silber	115.25	115.75	Nationalbank			902	903.		Nationalbank		
B. Grundentlastungs-Obligations.			Unionbank			268.75	269.		Unionbank		
für 100 fl.			Bereinsbank			168.75	169.25		Bereinsbank		
Sachsen	96.50	96.50	Berkelsbank			214.50	215.		Berkelsbank		
Galizien	78.	79.	E. Aktien von Transportunternehmen.			für 100 fl.			für 100 fl.		
Nieder-Österreich	94.	95.	Alfred-Humaner Bahn			176	176.75		Alfred-Humaner Bahn		
Ober-Österreich	91.50	92.50	Böhm. Westbahn			231	232.		Böhm. Westbahn		
Stiehbürgen	77.25	77.75	Carl-Ludwig-Bahn			231	232.		Carl-Ludwig-Bahn		
Steiermark	91.50	92.50	Donau-Dampfschiff. Gesellsch.			618	619.		Donau-Dampfschiff. Gesellsch.		
Ungarn	79.50	80.	Elisabeth-Westbahn			247	247.50		Elisabeth-Westbahn		
C. Andere öffentliche Anleihen.			Elisabeth-Westbahn (Linz-Bud-			212	212.75		Elisabeth-Westbahn (Linz-Bud-		
Donauregulirungsanleihe zu 5 pCt.			weiser Strecke)			206	2070.		weiser Strecke)		
u. g. Eisenbahnanleihen zu 120 fl.	105.	105.25	Friedrichs-Nordbahn			für 100 fl.			für 100 fl.		
u. g. Silber 5 % pr. Stück	105.	105.25	Kaiserthron-Bahnen			für 100 fl.			für 100 fl.		
u. g. Prämienanleihen zu 100 fl.	104.25	104.75	K. K. Staatsanleihen			für 100 fl.			für 100 fl.		
u. g. (75 fl. Einzahl.) pr. Stück	104.25	104.75	K. K. Staatsanleihen			für 100 fl.			für 100 fl.		